

	CDU/CSU	FDP	SPD	GRÜNE	LINKE
Green Deal und Klima					
1. European Green Deal sichern und stärken Setzt sich Ihre Partei dafür ein, den Green Deal aufrechtzuerhalten, seiner Umsetzung höchste Priorität einzuräumen und stärkere EU-Klima- und Umweltvorschriften zu unterstützen, um die mit dem Green Deal eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen?	Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen CDU und CSU auf innovative Konzepte und auf marktbasiertere Instrumente: mit Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft. Zudem ist unser Ziel, Investitionen in Innovationen für saubere Technologien freizusetzen. Wir wollen diese unterstützen und mehr strategische Souveränität im Feld der Zukunftstechnologien. So wollen wir den Green Deal im Sinne einer größeren Wirtschaftsfreundlichkeit weiterentwickeln.	Nein. Sowohl die doppelte Transformation auf dem Weg zu Digitalisierung und Klimaneutralität als auch internationale Abhängigkeiten stellen die Wirtschaft in Europa vor große Herausforderungen. Die aktuelle EU-Kommission begegnet dem jedoch mit den falschen Instrumenten, insbesondere bei der Umsetzung des sogenannten Green Deals: Es ist nicht Aufgabe der EU, Unternehmen durch Detailsteuerung zu bevorzugen, Absätze zu garantieren, Ressourcen zuzuteilen und Preise künstlich festzusetzen. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Wettbewerb, mehr freien Handel und bessere Bedingungen für private Investitionen und Gründungen. Deshalb fordern wir eine Regulierungspause beim Green Deal. Unternehmen brauchen zunächst ausreichend Spielraum, um die bereits festgelegten Ziele umzusetzen. Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhausgaslimit vorgibt. Bis 2035 wollen wir die Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden, und verbleibende Emissionsquellen wie die Abfall- und Landwirtschaft einbeziehen. Mittelfristiges Ziel ist eine einheitliche CO ₂ -Bepreisung.	Ja. Der Green Deal ist gleichzeitig eine der zentralen politischen Errungenschaften der jetzt endenden EU-Legislatur wie auch eine ihrer zentralen politischen Aufgaben für die Zukunft. Der Green Deal wird Energie günstiger machen und uns damit unabhängiger von fossilen Importen. Ebenso müssen nun aber auch andere Politikfelder, allen voran die Landwirtschaft, an die Ziele des Green Deals angepasst werden. Dazu gehört eine Reform der EU-Agrarförderung, die besonders kleine und mittelgroße Landwirtschaftsbetriebe für umweltverträgliches Handeln entlohnt. Daneben wollen wir erreichen, dass der Green Deal gerecht abläuft und sozial gestaltet wird. Dazu wollen wir ihn um einen Industrial Plan erweitern, als Teil einer nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftspolitik und einer umfassenden Standort- und Resilienzstrategie für die europäische Industrie.	Ja, unsere Partei setzt sich dafür ein, den Green Deal aufrechtzuerhalten und ihm höchste Priorität in der Umsetzung einzuräumen. Wir unterstützen nachdrücklich stärkere EU-Klima- und Umweltvorschriften, um die Verpflichtungen des Green Deals vollständig zu erfüllen. Wir haben den European Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie. Wir kämpfen weiterhin für seine Fortführung und die vollständige Umsetzung. Jetzt sorgen wir dafür, dass er in allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energiegewinnung über Mobilität und Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz und Klimaresilienz werden zunehmend auch zu entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktoren. Wollen wir unseren Wohlstand bewahren und neuen schaffen, müssen wir Europäer:innen nicht nur das Klima schützen, sondern auch diesen Wettbewerb annehmen.	Absolut. Es braucht in der EU deutlich stärkere EU- und Umweltvorschriften. Allerdings kritisiert die Linke am Green Deal der EU-Kommission, dass das profitorientierte Paradigma von Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Standortkonkurrenz in Europa weiter aufrechterhalten und unter grünen Vorzeichen vorangetrieben wird. So wird der Raubbau von Konzernen und Superreichen an Ökosystemen nicht ausreichend adressiert. Es braucht eine Umstellung des gesellschaftlichen Reichtums. Wir wollen Strukturmittel der EU gezielt für den sozialökologischen Umbau einsetzen, um die Menschen und Regionen in der Konversion zu unterstützen: Umbau von Wirtschaft, Energie und Landwirtschaft.
2. Erreichen der Klimaneutralität Erreichen vollständiger Klimaneutralität: Welches Niveau der Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2040 will Ihre Partei im EU-Recht verankern? 100 %/höchstens 90 %/Kein verbindliches Ziel	Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050 und den kürzlich vereinbarten Zielen der Emissionsreduktion für 2040.	Kein verbindliches Ziel. Wir stehen hinter dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Um dieses zu erreichen, setzen wir Freie Demokraten auf den Emissionshandel und auf Technologieoffenheit. Der Emissionshandel ist mit seinem kontinuierlich absinkenden CO ₂ -Deckel das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument. Daher unterstützen wir die Weiterentwicklung der beiden EU-Emissionshandelssysteme ETS 1 und 2 zu einem einzigen sektorübergreifenden System. Deshalb ist es nicht entscheidend, wo genau wir 2040 bei der Reduktion stehen, sondern dass die strengen Obergrenzen des Emissionshandels das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 garantieren.	Damit die EU bis spätestens 2050 klimaneutral wird, unterstützen wir ein ambitioniertes wissenschaftsbasiertes Treibhausgas-Reduktionsziel für 2040. Dank des Green Deals macht Europa erste Fortschritte auf dem Weg zur Klimaneutralität. Aber noch sind wir nicht ganz auf Kurs, unsere Zwischenziele für 2030 zu erreichen. Zusätzliche nationale und europäische Maßnahmen werden dafür nötig sein. Insbesondere in den Bereichen Verkehr, Wohnen, Land- und Forstwirtschaft besteht noch viel Nachholbedarf. Wir werden als SPD dafür eintreten, den Green Deal auch in den nächsten Jahren entschieden und sozialgerecht fortzuführen und die Weichen dafür zu stellen, dass klimaverträgliche Mobilität, Heizen und landwirtschaftliche Produktion für alle zugänglich werden, samt Unterstützung für Menschen und Regionen, die die Transformation zur Nachhaltigkeit nicht aus eigener Kraft meistern können.	Zumindest 90 %. Wir unterstützen das Ziel der EU-Kommission, die Emissionen um mindestens 90 % bis 2040 zu reduzieren. Entscheidend ist für uns die Einhaltung der Paris-Ziele. Wir tun alles dafür, diese einzuhalten. In der Bundesregierung sind wir auf dem Pfad und wollen das mit klaren Regeln und vor allem mit Investitionen in die Modernisierung der europäischen Infrastruktur und Wirtschaft erreichen.	100 %: Die Linke fordert Klimaneutralität in der EU bis 2040. Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, bis zum Jahr 2040 um 90 bis 95 Prozent (brutto). Gleichzeitig müssen natürliche CO ₂ -Senken wie Wälder und Moore gestärkt werden. Um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten diese Grenzen einhalten, soll es verbindliche CO ₂ -Budgets für jeden Mitgliedstaat geben, womit die Pfade zur Reduzierung der Emissionen regelmäßig geprüft werden können.
3. Nutzung fossiler Energien beenden Setzt sich Ihre Partei für die Festlegung kurzfristiger und rechtlich verbindlicher Zieltermine für den Ausstieg aus Kohle (2030), Erdgas (2035) und Erdöl (2040) ein – und zwar in dieser Reihenfolge? Ja/Nein/Ja zum Ausstieg, aber langsamer (rechtsverbindlich), aber weniger strenge Zieltermine	Für CDU und CSU ist der gemeinschaftlich verabschiedete und gesetzlich verankerte Kohleausstieg bindend. Im Hinblick auf Erdgas und Erdöl sehen wir von einem konkreten Ausstiegstermin ab und vertrauen hier auf den Markt. Als CDU und CSU sehen wir den Emissionshandel als wirksames Instrument an, um Treibhausgasemissionen und in Konsequenz auch den Einsatz von fossilen Energieträgern zu reduzieren.	Nein. Die FDP lehnt Zielvorgaben für den Ausstieg aus einzelnen Energieträgern ab. Diese führen zu Marktverzerrungen und einer unnötigen Verteuerung der Energiewende. Wichtig ist das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 in Deutschland bzw. 2050 in der EU. Diese wollen wir mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen. Der EU-Emissionshandel garantiert mit seinem sinkenden Treibhausgas-Limit Wirksamkeit und Effizienz.	Nein, die SPD ist dem im Klimaschutzgesetz verankerten Ziel, bis 2045 in Deutschland klimaneutral zu sein, verpflichtet. Dabei ist uns wichtig, dass wir den Weg zur Klimaneutralität unter Berücksichtigung breiter gesellschaftlicher Akzeptanz und der Möglichkeit der Teilhabe für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure am Klimaschutz erreichen. Gesetzliche Ausstiegstermine können dies allein nicht gewährleisten, sondern müssen mit erheblichen Fördermitteln flankiert werden.	Kohle: Ja. Erdgas: Ja zum Ausstieg, aber langsamer (rechtsverbindlich, aber weniger strenge Zieltermine). Erdöl: Ja zum Ausstieg, aber langsamer (rechtsverbindlich, aber weniger strenge Zieltermine) Unsere Partei unterstützt den Ausstieg aus Kohle bis 2030 und tritt aktiv für einen Ausstieg aus Erdgas und Erdöl ein. Zudem betonen wir die Notwendigkeit, in den kommenden Jahren keine neuen Öl- und Gasfelder mehr zu erschließen und streben an, in Deutschland bis spätestens 2035 keine fossilen Brennstoffe mehr in der Stromerzeugung zu verwenden. Dies steht im Einklang mit unseren Klimazielen und dem Fokus auf den Ausbau Erneuerbarer Energien für eine klimaneutrale Zukunft.	Ja. Um die EU bis 2040 Klimaneutral zu machen, reichen die bisherigen Pläne der EU nicht aus. Der Anteil Erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU soll bis 2030 auf mindestens 50 % ansteigen. Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Bis zum Jahr 2035 muss die Elektrizitätserzeugung in der gesamten EU zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien bestehen und möglichst dezentral organisiert sein. Um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten diese Grenze einhalten, soll es verbindliche CO ₂ -Budgets für jeden Mitgliedstaat geben.
Natur und Umwelt					
4. Übergang zu nachhaltigen Lebensmittelsystemen Unterstützen Sie einen neuen Rechtsrahmen für nachhaltigere Lebensmittelsysteme gemäß Farm to Fork, der sämtliche Gesetze im Sektor unter sich bündelt und das Ernährungssystem der EU auf einen Entwicklungsplan innerhalb planetarer Grenzen lenkt? Ja/Ja, aber ohne quantitative, verbindliche Ziele/Nein	CDU und CSU setzen sich für ein nachhaltiges Agrar- und Ernährungssystem ein. Wir finden es richtig, die gesamte Lebensmittelkette einschließlich der Verbraucher in den Blick zu nehmen. Dabei setzen wir auf Anreize statt Verbote. Innovationen, die die Landwirtschaft und die Lebensmittelherzeugung nachhaltiger machen wie z. B. Digitalisierung, neue Züchtungstechnologien und moderne Pflanzenschutzmittel – auch biologische – sollen genutzt werden können.	Nein. Wir Freie Demokraten wollen die Landwirtschaft mit Innovationen, Naturschutzkooperationen und einer praxisstarken Regulierung mit Augenmaß nachhaltiger gestalten. Statt pauschaler Auflagen und Bewirtschaftungseinschränkungen kann eine Weiterentwicklung der Landwirtschaft nur partnerschaftlich mit allen Akteuren der Branche gelingen. Viele von der EU-Kommission unter der Führung von Ursula von der Leyen (CDU) angestoßene Vorhaben bringen dagegen zahlreiche Auflagen, Verbote und bürokratische Belastungen für die Landwirte mit sich. Wir fordern daher eine Regulierungspause für den Green Deal. Es braucht zunächst eine Folgenabschätzung der geplanten Maßnahmen. Wir fordern vielmehr die Zulassung neuer Züchtungsmethoden, eine einfachere Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bzw. deren Wirkstoffen auf EU-Ebene und ein Digitalisierungspaket für die GAP, damit unsere Agrarbranche nicht weiter an Wettbewerbsfähigkeit durch EU-Vorgaben einbüßen muss.	Ja, aber ohne quantitative verbindliche Ziele. Die Gewährleistung der Versorgung mit erschwinglichen und nahrhaften Lebensmitteln im Rahmen der planetaren Grenzen bleibt für uns eine zentrale Zukunftsidee, welche die Farm-to-Fork-Strategie verspricht. Die Rahmenbedingungen für eine auskömmliche Landwirtschaft und die damit verbundenen Lebensmittelsysteme sind so zu schaffen, dass eine umfassende Ernährungssicherung innerhalb Europas unter gleichzeitiger Wahrung der natürlichen Ressourcen und Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien (ökologisch, ökonomisch und sozial) noch besser abgesichert wird. Außerdem muss klar sein, dass wir die gesamte Lebensmittelkette im Blick haben müssen: landwirtschaftliche Erzeuger:innen, Vermarkter:innen und auch regionale Lieferketten. Aber auch die Lebensmittelindustrie und die Verbraucher:innen müssen mehr Verantwortung übernehmen. Gute Lebensmittel haben ihren Preis. Dringend notwendige Reformen, um die Agrarpolitik an die Ziele des Green Deals anzupassen, müssen dabei umgesetzt werden.	Ja. Eine schadstofffreie Umwelt sowie der Erhalt und die Wiederherstellung gesunder Ökosysteme sind entscheidende Herausforderungen unserer Zeit. Die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie wie die Verringerung des Einsatzes von Düngemitteln, Pestiziden und Antibiotika um 50 % sowie eine drastische Verringerung der Lebensmittelverluste und -abfälle bleiben aktuell. Auch der Verbraucher:innenwille nach einer Pestizidreduktion wird derzeit weiter ignoriert. Wir wollen daher einen EU-weiten Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme, die im Einklang mit der Natur stehen. Hierzu gehören eine Reduktion der Nutztierzahl und eine Förderung der Weidewirtschaft. Wir müssen weg von Futtermittelimporten und den heimischen Leguminosenanbau über gesetzliche Regelungen etablieren. Wir fordern, dass importierte Lebensmittel den Vorschriften und -Normen der EU entsprechen. Nachhaltigkeitslabel auf Lebensmitteln sollen streng auf ihre Wirksamkeit und Transparenz geprüft werden.	Ja. Dafür muss regionale Erzeugung, Verarbeitung und Wertschöpfung gestärkt werden und Vorrang bei der Förderung bekommen. Sie ist umweltfreundlich, gesünder und sozial. Voraussetzungen für lebendige ländliche Räume sind lokale Ernährungsstrategien und regionale Kreislaufwirtschaft in Kooperation aller Akteure:innen. Gute Arbeit in der Landwirtschaft muss mit gesetzlichen Mindestlöhnen und fairen Verhandlungen zwischen Landwirt:innen und Einzelhandel sichergestellt, Bodenspekulationen, Landgrabbing und Share Deals verboten werden. Den Einsatz von chemischen Schädlings- und Unkrautbekämpfungsmitteln wollen wir drastisch reduzieren. Pflanzenschutzmittel und vielgelegte Fruchtfolgen müssen verringert werden. Wir fordern verbindliche Kriterien und Kontrollen für die Tierhaltung und ein Käfighaltungsverbot. Wir setzen uns für eine EU-weite, transparente und verlässliche Herkunfts-, Nachhaltigkeits- und Regionalkennzeichnung ein.
5. Gemeinsame Agrarpolitik reformieren Unterstützt Ihre Partei eine Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die auf die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie & des Green Deals einwirkt sowie auf die Stärkung der Unterstützung für Landwirt:innen bei der Umstellung auf agrarökologische Verfahren? Ja/Ja, aber keine Abschaffung von Direktzahlungen/Nein	Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist ein ganz entscheidender Hebel für den Erhalt und die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft in Europa. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die GAP eine starke ökonomische Säule hat, die den Landwirten Schutz auf vollen Märkten bietet und es ihnen erlaubt, nachhaltiger zu wirtschaften und ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Direktzahlungen sollen eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft sein und stark vereinfacht werden.	Ja, aber so, dass Landwirte davon profitieren. Grundsätzlich gilt, dass die Arbeit der Landwirt:innen und Landwirte unsere Wertschöpfung verdient. Der Respekt vor dem Eigentum und der unternehmerischen Eigenverantwortung muss die Leitlinie der europäischen Agrarpolitik bilden. Wir fordern eine marktwirtschaftliche Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die weniger von Subventionen und überbordender Bürokratie geprägt ist. Unser Ziel ist, dass gezielter Investitionen und Innovationen gefördert werden. Davon profitieren die Landwirte direkt, indem beispielsweise Technologien gefördert werden, mit denen der integrierte Naturschutz gestärkt wird, ohne dass Erträge eingebüßt werden müssen. Das kommt zudem gesellschaftlichen Anforderungen nach. Zudem wollen wir die Wettbewerbsbedingungen verbessern und Bürokratie radikal zurücknehmen. Es muss sichergestellt werden, dass alle EU-Länder gleiche Standards erfüllen und somit auch gleiche Produktionsbedingungen existieren.	Ja, aber keine Abschaffung der Direktzahlungen. Wir wollen die ökologische Landwirtschaft dabei unterstützen, 25 Prozent Flächenanteil in Europa zu erreichen. Die Agrarförderung wollen wir dahingehend weiterentwickeln, dass sie Aspekte des Klimaschutzes, der Klimaanpassung und der biologischen Vielfalt noch stärker in den Fokus nimmt. In diesem Zusammenhang fordern wir außerdem, wie oben erläutert, die Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik an die Ziele des Green Deals, also eine Entlohnung vor allem kleinerer und mittelgroßer Landwirtschaftsbetriebe für umweltverträgliches Handeln.	Ja. Wir streben eine grundsätzliche Reform der EU-Agrarpolitik an, bei der Leistungen am Gemeinwohl orientiert sind statt an der Flächenausstattung der Betriebe. Dafür bedarf es eindeutiger Regelungen für die Reduzierung des Pestizideinsatzes, die Düngungsart und -intensität sowie zur Förderung von Fruchtfolgen, den Anbau von Eiweißpflanzen und extensiver Grünlandwirtschaft. Die Zahlungen an die Betriebe sollen transparent, aber so bürokratiearm wie möglich erfolgen, Planungssicherheit ermöglichen und unmittelbar bei den Landwirt:innen – gerade kleineren Betrieben – ankommen. Finanzielle Anreize sollen dem Klimaschutz und dem Erhalt der Artenvielfalt dienen. Maßnahmen wie multifunktionale Agrarökosysteme oder die Anlage von Hecken am Feldrand können wichtige Werkzeuge für Biotopvernetzung und die Schaffung neuer Lebensräume sein. Da der Ökolandbau viele dieser Nachhaltigkeitswirkungen vereint, ist es unser Ziel, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu erreichen.	Ja. Die bisherige Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist nicht genügend worden, um den überfälligen sozialökologischen Umbau der Landwirtschaft und den ländlichen Raum im erforderlichen Maß voranzubringen. Sie sichert v. a. die Profile der Agrarkonzerne. Große Teile der Landwirtschaft sind für den Verlust der Artenvielfalt mitverantwortlich. Die Agrarförderung, insbesondere die sog. Flächenprämien, muss nach sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien und für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung eingesetzt werden. Die pauschale Förderung von Junglandwirt:innen der GAP wollen wir durch eine nicht flächengebundene Förderung ersetzen. Wir fordern freiwillige Ausstiegsprogramme für Landwirt:innen aus der Tierhaltung. Wie setzen uns für die Ausweitung der Prämien in der Landwirtschaft für das Anpflanzen von Hülsenfrüchten ein, für die Förderung des Verzehrs und für die Aufwertung von Böden.
6. Investitionen in Natur und Bevölkerung erhöhen Unterstützt Ihre Partei die Erhöhung der europ. & nationalen Investitionen in die Natur auf mind. 50 Mio. €/Jahr, um die Biodiversitätskrise zu bewältigen, Resilienz gegen Klimakatastrophen zu verbessern & nachhaltige Lebensmittelproduktion zu fördern? Ja/Nein/Ja zur Erhöhung, Summe nicht festgelegt	CDU und CSU bekennen sich zum Schutz der Biodiversität in Deutschland, Europa sowie international. Insbesondere die Einhaltung der Ziele der 15. Weltnaturkonferenz sind uns ein Anliegen, sodass wir für die Zielerreichung einstehen und die gemeinsam vereinbarte Finanzierung leisten. <i>Anmerkung CSU/CDU: Die Fragen 6 und 7 werden gemeinsam beantwortet.</i>	Nein. Zum Erhalt von Artenvielfalt ist es notwendig, Maßnahmen evidenzbasiert zu ergreifen und regelmäßig anhand überprüfbarer Kriterien zu evaluieren. Mit Biodiversitätszertifikationen, wie zum Beispiel in Australien eingeführt, könnte man auch hier Marktanreize setzen. In jedem Fall ist klar, dass die Mittel der Agrarförderung im EU-Haushalt effizienter genutzt werden müssen. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass die eingesetzten Gelder treffsicherer bei der Förderung von Investitionen und Innovationen bei den landwirtschaftlichen Betrieben ankommen. Die GAP braucht dazu ein grundlegendes Update, denn in der aktuellen, hoch komplexen und komplizierten Struktur bleibt auch zu viel Geld für den Verwaltungsaufwand hängen. Wir Freie Demokraten sorgen zudem nicht nur auf Bundesebene für eine solide Finanzpolitik, sondern treten auch in Europa für finanzpolitische Stabilität ein. Es ist zweifelsohne erkennbar, dass auf den bisher stark von der Förderung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft geprägten EU-Haushalt neue, kostenintensive Aufgaben, etwa bei der Verteidigung, zukommen werden.	Ja zur Erhöhung, Summe nicht festgelegt. Die Biodiversitätskrise ist neben der Klimakrise der bisher zu wenig beachtete zweite Riese im politischen Raum. Mit dem Nature Restoration Law haben wir gegen große Widerstände der Konservativen hier einen wichtigen Schritt genommen und das weltweit erste Gesetz zur Wiederherstellung von Natur verabschiedet. 80 Prozent der europäischen Ökosysteme, ohne die wir unsere Klimaziele nicht erreichen können, befinden sich in einem schlechten Zustand. Mit dem neuen Gesetz wollen wir diesen negativen Trend umkehren. Daneben muss die Klima-Anpassung ernst genommen werden. Faktoren wie Alter, Geschlecht, Einkommen oder Gesundheitsstatus können Menschen besonders anfällig für die negativen Auswirkungen des Klimawandels machen. Das gleiche Potenzial haben gut gemeinte, aber schlecht gemachte Maßnahmen zur Anpassung. Im Bereich der nachhaltigen Lebensmittelproduktion wollen wir den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln so weit wie möglich reduzieren und die Artenschutzmaßnahmen stärken. Um Ernährungssicherheit zu erzielen, braucht es eine starke regionale Landwirtschaft, die nachhaltige Anbaumethoden verfolgt.	Ja. Wir unterstützen ein umfassendes Paket Natürlicher Klimaschutz zur Umsetzung des Nature Restoration Law, das auch die rechtlichen Voraussetzungen für die beschleunigte Ausweisung von Vorranggebieten für Renaturierung und natürlichen Klimaschutz schafft. In gleicher Weise muss Europa die globale Biodiversitätskrise angehen: ambitionierte Ziele verfolgen, Finanzierung bereitstellen und mobilisieren sowie die Länder des Globalen Südens bei der Umsetzung ihrer Ziele unterstützen. Zudem streben wir eine grundsätzliche Reform der EU-Agrarpolitik an, bei der konsequent Leistungen für das Gemeinwohl – insbesondere Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden, Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz – honoriert werden und nicht das Eigentum an Fläche. Dafür bedarf es eindeutiger Regelungen und Anreize für die Reduzierung von Pestizidanwendung, Düngung und Viehbesatz sowie für Fruchtfolgen, den Anbau von Eiweißpflanzen und extensive Grünlandwirtschaft.	Ja. Dafür will die Linke die geplanten Rüstungshaushalte EVF, EFF und die Ausgaben für Militärische Mobilität und PESCO in Investitionen für sozialökologischen Umbau und Energieunabhängigkeit umwidmen. Statt einer Neuaufbau der Austeritätspolitik braucht ein stabiles Europa massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit, in die Natur und den klimagerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft – auch der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion.
7. Umsetzung des Weltnaturabkommens der Vereinten Nationen Setzt sich Ihre Partei für den Schutz von Naturschutzflächen und die Erreichung der Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie und des Montreal-Abkommens für die biologische Vielfalt ein, indem sie freiwillige Zusagen in rechtsverbindliche Ziele für alle EU-Mitgliedstaaten umwandelt? Ja/Nein	CDU und CSU bekennen sich zum Schutz der Biodiversität in Deutschland, Europa sowie international. Insbesondere die Einhaltung der Ziele der 15. Weltnaturkonferenz sind uns ein Anliegen, sodass wir für die Zielerreichung einstehen und die gemeinsam vereinbarte Finanzierung leisten. <i>Anmerkung CSU/CDU: Die Fragen 6 und 7 werden gemeinsam beantwortet.</i>	Nein. Wir Freie Demokraten wollen den Naturschutz effektiver ausgestalten. Wir brauchen mehr Anreize für integrierten Naturschutz und keine pauschalen Nutzungsverbote von knapper Fläche in Deutschland. Daher wollen wir den Naturschutz, die Nahrungsmittelherzeugung und den Flächenbedarf für Infrastruktur, Wohnraum und die Ansiedlung von Unternehmen stärker in Einklang bringen, statt durch Verbote und Eingriffe ins Eigentum Konflikte zu schüren, die dem Anliegen des Naturschutzes im Endeffekt eher schaden.	Ja. Wir unterstützen eine ambitionierte europäische und nationale Biodiversitätspolitik, insbesondere auch das Nature Restoration Law. Ein großer Erfolg der Verhandlungen dazu von der SPD-Fraktion war, dass nun europaweit trockengelegte Moore wiedervernässt werden müssen. Auf Bundesebene wollen wir die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt 2030 mit Aktionsplänen, konkreten Zielen und Maßnahmen weiterentwickeln, verbindlich verankern und das wissenschaftliche Monitoring stärken.	Ja. Es gilt, die vereinbarten Ziele von Künming-Montreal und die Wiederherstellungspläne ebenso wie die EU-Biodiversitätsstrategie vollständig umzusetzen und dafür verbindliche Zwischenziele und Maßnahmen festzusetzen.	Ja, die selbst gesteckten Naturschutzziele der EU werden deutlich verfehlt. Wildtiere und ihre Lebensräume müssen besonders geschützt werden. Internationale Arten- und Naturschutzabkommen (Künming-Montreal-Abkommen) müssen konsequent umgesetzt werden. Schutzgebiete wie Natura 2000 und Wildnisflächen wollen wir ausweiten. Der Schutz muss unter strenger Kontrolle und Einhaltung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) geschehen. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen Gewässerzustand und ihre Tochterrichtlinien dürfen nicht aufgeweicht oder gequieft werden. Es braucht konsequente Vertragsverletzungsverfahren bei Veräumnissen. Das EU-LIFE-Programm wollen wir weiter aufstocken. Wir unterstützen einen neuen EU-Naturschutzfonds, um die Aufgaben (Wiedervernässung von Mooren) aus dem sogenannten Nature Retoration Law zu finanzieren. Die Finanzierung von Naturschutz durch Ausgleichsmaßnahmen für Biodiversitätsverlust oder andere Naturfinanzmärkte lehnen wir ab.
8. Umlenken umweltschädlicher Subventionen Setzt sich Ihre Partei für rechtliche Maßnahmen ein, umweltschädliche Subventionen (inkl. für fossile Brennstoffe) zugunsten des ökologischen Wandels und der Unterstützung sozial benachteiligter Menschen & wichtiger Wirtschaftssektoren umzulenken? Ja/Nein/Ja, aber ohne rechtliche Maßnahmen	CDU und CSU setzen sich dafür ein, ineffiziente Subventionen abzuschaffen. Subventionen, die dem Umweltschutz zuwiderlaufen, sollen überprüft und ggf. angepasst werden, sofern für diese Subventionen keine anderen Rechtfertigungsgründe vorliegen. Unter sog. umweltschädlichen Subventionen werden nämlich auch solche Subventionen subsumiert, die aus verfassungsrechtlichen oder anderen Gründen gerechtfertigt sind, wie z. B. die Entfernungspauschale.	Wir stimmen teilweise zu. Wir Freie Demokraten wollen Subventionen generell abschmelzen. Der Staat greift viel zu häufig in wirtschaftliche Prozesse ein, indem er Unternehmen und Verbraucher:innen sowie Verbrauchern für ein bestimmtes Verhalten Geld zahlt oder Steuervergünstigungen gewährt. Der Fokus unserer Politik liegt allerdings nicht darin, Mittel umzulenken. Vielmehr wollen wir den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geografisch ausweiten, um Anreize für den ökologischen Wandel zu schaffen. Statt einer industriepolitischen Förderung einzelner Sektoren benötigen wir einen Bureaucracy Reduction Act. Wir wollen die Wirtschaft von mindestens 50 Prozent der Bürokratielasten befreien. Für jede neue Belastung durch EU-Regulierung müssen im Gegenzug gemäß der One-in-two-out-Regel bestehende Belastungen sequentiell in doppeltem Umfang abgeschafft werden. Wir sehen beste Bildungschancen als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und individuellen Aufstieg. Daher wollen wir es einfacher machen, Bildungs- und Arbeitsangebote in der gesamten EU zu nutzen.	Ja, wir setzen uns dafür ein, klimaschädliche Subventionen abzubauen, sofern dies sozialverträglich und wirtschaftlich verhältnismäßig stattfinden kann. Welche Subventionen klimaschädlich sind, ist auch in der politischen Debatte im Einzelfall umstritten. Für uns ist klar, dass Subventionen, die die Transformation der Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen, nicht zu den klimaschädlichen Subventionen gehören, auch wenn sie mitunter als solche bezeichnet werden.	Ja. Finanzieren wollen wir die Wiederherstellung der Natur mit dem umfassenden Abbau umweltschädlicher Subventionen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten mit diesen Einnahmen ein Klimageld pro Kopf auszahlen.	Ja. Im Verkehr etwa soll gelten: Bahn vor Flugzeug. Klimaschädliche Subventionen des Flugverkehrs wollen wir abschaffen und Bahntickets mit öffentlichen Subventionen verbilligen. Mit der Gründung einer United Europay of Europe kann bis 2035 ein Europakt eingeführt werden, mit Verbindungen im Studentat zwischen den europäischen Haupt- und Großstädten – bezahlbar und barrierfrei. Wir wollen den ÖPNV überall machen, um für möglichst viele Menschen funktionierende Alternativen zum Individualverkehr zu schaffen, Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme machen den Umbau in allen Sektoren unterstützen. Die Linke fordert darum mehr Geld für den Klimaschutz, um Ungerechtigkeit durch Preistreibungen mittels Klimaschutzmaßnahmen (Mobilität, Heizung) auszugleichen (Eine Kopplung an das ETS-2 lehnen wir dabei ab. In Deutschland fördern wir ein Klimageld als Direktzahlung zur Unterstützung für Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen.